

Die Reform der Fusionskontrolle und des Kartellverfahrensrechts

Chefkolloquium zum Kartellrecht FORUM INSTITUT für Management

Brüssel - 27/03/2003

1. Einleitung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Einladung zu dem diesjährigen Kolloquium zum Kartellrecht des Forum Instituts. Es ist für mich eine große Ehre, mit Ihnen dieses Jahr über die Reform der europäischen Fusionskontrolle und des europäischen Kartellverfahrensrechts zu diskutieren. Beide Reformen sind in der Tat Meilensteine auf dem Weg, die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union modern und zukunftssicher zu gestalten, so dass sie den Herausforderungen von heute und morgen gerecht wird. In meinem Vortrag möchte ich, wie gewünscht, schwerpunktmäßig auf die von der Kommission vorgeschlagene Reform der europäischen Fusionskontrolle eingehen und danach noch ein paar Worte zur kürzlich beschlossenen Änderung des Kartellverfahrensrechts sagen.

2. Reform der europäischen Fusionskontrolle

Lassen Sie mich also zunächst auf die Vorschläge der Kommission zur Reform der Fusionskontrolle eingehen. Das Ziel dieser Reform ist es sicherzustellen, dass die Fusionskontrollverordnung den wirtschaftlichen Realitäten angepasst bleibt. Dabei wollen wir auf den allgemein anerkannten Erfolgen der Vergangenheit aufbauen.

Diese Reform, die wir schon seit längerem vorbereiten, kommt meines Erachtens gerade zum richtigen Zeitpunkt. Die im Laufe der 90-er Jahre stetig gestiegene Zahl an Fusionsanmeldungen und die zunehmende wirtschaftliche Komplexität der Fälle haben das bisherige System stark beansprucht.

Darüber hinaus werfen natürlich auch die drei **Urteile**, die das Gericht Erster Instanz letztes Jahr in den Fällen Airtours/First Choice, Schneider/Legrand und TetraLaval/Sidel ausgesprochen hat, wichtige Fragen auf. Ich möchte betonen, dass unsere Reformen nicht eine Folge der Niederlagen vor dem Luxemburger Gericht sind. Sie geben jedoch eine Antwort auf eine Reihe von Kritikpunkten, die berechtigterweise im Hinblick auf Schwächen in unseren Entscheidungen erhoben wurden. Allerdings möchte ich auch unterstreichen, dass wir nicht in allen Punkten

mit dem Gericht erster Instanz übereinstimmen. Insbesondere im Fall TetraLaval/Sidel sind wir der Ansicht, dass unsere Untersagungsentscheidung wohl begründet war. Die Kommission hat daher in diesem Fall Revision zum Europäischen Gerichtshof eingelegt. Wir müssen nun abwarten, wie der Gerichtshof die schwierigen juristischen und ökonomischen Fragstellungen in diesem Fall bewertet. Dabei geht es unter anderem um den Kontrollmaßstab, den das Gericht erster Instanz an Entscheidungen der Kommission anlegen darf. Es geht auch um die Beweisforderungen, die an die Kommission in einem Untersagungsfall gestellt werden.

Lassen Sie uns nun aber zu unserem eigentlichen Thema, der Reform der Fusionskontrolle, zurückkehren. Unsere Reform zielt darauf ab, die Vorteile des bestehenden Systems zu erhalten und zu verbessern. Zwei Leitvorstellungen liegen dabei zugrunde: Zum einen wollen wir die Transparenz und Konsistenz der Fusionskontrolle verstärken. Zum anderen wollen wir den Entscheidungsfindungsprozess der Kommission verbessern und sicherstellen, dass unsere Analysen in einer soliden ökonomischen Argumentation verankert sind.

Das Reformpaket, das diese Zielsetzungen umsetzt, besteht aus **drei wesentlichen Elementen**:

- Erstens in einem Vorschlag für eine Neufassung der Fusionskontrollverordnung. Dieser Vorschlag liegt nun dem Rat vor und wird dankenswerter Weise von der griechischen Präsidentschaft als eine Priorität behandelt. Die Diskussionen in der zuständigen Arbeitsgruppe des Rats sind sehr konstruktiv, und ich hoffe, dass die neue Verordnung vor noch dem Beitritt der Kandidatenländer in Kraft treten kann.
- Zweitens haben wir einen Entwurf für Leitlinien für die Bewertung horizontaler Zusammenschlüsse veröffentlicht. Dieser Entwurf ist zurzeit Gegenstand einer breiten öffentlichen Konsultation. Für Ihre Beiträge bis Ende März wäre ich in diesem Zusammenhang dankbar.
- In Ergänzung zu diesen beiden Elementen haben wir, drittens, eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die den Entscheidungsprozess der Kommission in Fusionsfällen verbessern sollen. Einige dieser Maßnahmen sind in einen Entwurf von "best practices" eingeflossen. Auch hierzu war die Öffentlichkeit aufgerufen, Stellungnahmen abzugeben.

Lassen Sie mich nun etwas näher auf den Inhalt dieses Reformpakets und seine wichtigste Elemente eingehen:

Der erste nennenswerte Punkt ist sicherlich die Frage des **materiell-rechtlichen Tests**. Wie Sie wissen, hat das Grünbuch der Kommission (vom Dezember 2001) eine breite öffentliche Diskussion über die Vorteile unseres "Marktbeherrschungstests" angestoßen, der uns als Kriterium für die materiellrechtliche Prüfung von Zusammenschlüssen dient. Intensiv diskutiert wurden insbesondere die möglichen Vorteile des sogenannten „SLC“-Tests („substantial lessening of competition“). Dieser Test wird von anderen Wettbewerbsbehörden verwendet, so in den USA und seit kurzem auch in Großbritannien und in Irland.

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile sind wir letztlich zu der Überzeugung gekommen, dass der Marktbeherrschungstest - richtig angewandt - in der Lage ist, alle möglichen Wettbewerbsprobleme aufzugreifen, die durch Fusionen entstehen können. Jedoch sind einige Kommentatoren der Ansicht, dass es eine Lücke in der Reichweite des Tests geben kann. Die Kommission teilt diese Auffassung nicht. Um aber Rechtssicherheit zu gewährleisten, schlagen wir vor, im Verordnungstext vorsichtshalber klarzustellen, dass der Marktbeherrschungstest auch Situationen von sogenannten "unilateral effects" in Oligopolsituationen abdeckt. Diese Klarstellung erfolgt direkt in Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung und in einigen erläuternden Erwägungsgründen.

Darüber hinaus dient natürlich auch der Mitteilungsentwurf über die Beurteilung von "horizontalen" Zusammenschlüssen zwischen Konkurrenzunternehmen der Klarstellung des Tests. In unserem Mitteilungsentwurf wird klar und umfassend dargelegt, wie wir bei der Bewertung horizontaler Zusammenschlüsse vorgehen. Auf diese Weise wird die Analyse von Fusionsfällen nachvollziehbar und berechenbar gemacht, was allen Beteiligten mehr Rechtssicherheit garantiert. Wir planen, noch in diesem Jahr den Entwurf weiterer Leitlinien für die Prüfung vertikaler und konglomerater Zusammenschlüsse zu veröffentlichen. Am Ende soll dann ein konsolidiertes Dokument stehen, in dem Leitlinien zur Beurteilung aller drei Arten von Zusammenschlüssen niedergelegt sind: horizontale, vertikale und konglomerate Zusammenschlüsse.

In dem nun vorliegenden ersten Leitlinienentwurf wird ausgeführt, wie die Wirkung eines Zusammenschlusses auf den Wettbewerb in einem Markt zu prüfen ist. Dabei wird unter anderem klargestellt, wie wir den Begriff der Marktbeherrschung bei oligopolistischen Marktstrukturen anwenden. Die Leitlinien bieten als Orientierungshilfe auch Marktanteilsschwellenwerte, die auf eine marktbeherrschende Stellung hindeuten. Selbstverständlich sind aber die Umstände jedes Einzelfalls gesondert zu prüfen. Es ist keineswegs geplant, oberhalb dieser Schwellenwerte stets einzuschreiten. Umgekehrt kann man aber auch unterhalb der Schwellen nicht generell von einem „safe harbour“ ausgehen.

In den Leitlinien wird überdies auf einzelne Faktoren eingegangen, die bewirken können, dass eine auf den ersten Blick vorliegende Wettbewerbsgefährdung neutralisiert wird. Zu diesen Faktoren zählen die Nachfragemacht, der ungehinderte Marktzutritt, die Theorie von der Sanierungsfusion („failing firm defence“) sowie Effizienzvorteile.

Die **ausdrückliche Berücksichtigung von Effizienzvorteilen** einer Fusion ist ein Kennzeichen einer an wirtschaftlichen Tatbeständen orientierten Analyse und daher eine begrüßenswerte Entwicklung. Ich möchte jedoch klarstellen, dass die Möglichkeit einer solchen "efficiency defence" nicht eine Aufweichung des generell hohen Schutzniveaus der europäischen Fusionskontrolle bedeutet. Effizienzargumente können nur dann akzeptiert werden, wenn wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, dass die fusionsbedingten Effizienzvorteile das neue Unternehmen dazu veranlassen werden, sich in einer dem Wettbewerb förderlichen Weise zu verhalten, zum Wohl der Verbraucher. Voraussetzung für eine solche Feststellung ist, dass die Effizienzvorteile den Verbrauchern direkt zugute kommen, wesentlich und nachprüfbar sind und rechtzeitig eintreten. Die Darlegungslast liegt dabei eindeutig bei den beteiligten Unternehmen. Diese müssen überdies zeigen, dass die

Effizienzvorteile so erheblich sind, dass die negativen Auswirkungen des Zusammenschlusses auf den Wettbewerb aufgewogen werden. Gleichzeitig wird im Leitlinienentwurf auch darauf hingewiesen, dass ein Zusammenschluss, der ein Monopol oder eine monopolähnliche Stellung begründet, in aller Regel nicht aufgrund seiner Effizienzvorteile genehmigt werden kann.

Die praktische Umsetzung dieser Prinzipien wirft eine Reihe interessanter Fragen auf. Bei ihrer Beantwortung profitieren wir natürlich auch von unseren engen Kontakten mit den Kollegen der amerikanischen Wettbewerbsbehörden, mit denen wir in letzter Zeit einen intensiven Gedankenaustausch zu diesem Thema gepflegt haben.

Weitere wichtige Elemente in unserem Reformvorschlag betreffen den **Zeitraahmen für Fusionsverfahren** und die **Arbeitsteilung** mit den nationalen Wettbewerbsbehörden.

Zum ersten Punkt möchte ich festhalten, dass ich den festen Zeitplan der europäischen Fusionskontrolle mit ihren kurzen Fristen stets als einen der zentralen Erfolgsfaktoren unseres Systems angesehen habe. Das haben auch die Reaktionen auf unser Grünbuch gezeigt. Von daher spricht sich unser Vorschlag auch klar gegen eine allgemeine Erosion der gegenwärtigen Fristen aus. Jedoch sind wir der Ansicht, dass es in bestimmten Fällen – insbesondere in komplexen Phase-II-Fällen – für beide Seiten von Vorteil sein kann, etwas mehr Flexibilität in das System einzubauen. Daher enthält unser Vorschlag eine Reihe von Änderungen an den Zeitbestimmungen der Verordnung, insbesondere um mehr Zeit für die Bewertung von Zusagen und zur gründlichen Analyse komplexer Fälle zu erhalten.

Die **Arbeitsteilung mit den nationalen Wettbewerbsbehörden**, also die berühmte Frage „Who does what?“, ist ein zweiter Punkt, der bei jeder Überprüfung der Fusionskontrollverordnung naturgemäß eine prominente Rolle spielt. Und besonders in Deutschland ist ja das Thema der „Zuständigkeitsabgrenzung“ in der europarechtlichen Diskussion in aller Munde.

Ein Ziel, auf das sich meiner Meinung nach alle verständigen können, ist die Optimierung der Zuständigkeitsverteilung zwischen der Kommission und den nationalen Wettbewerbsbehörden im Lichte des Subsidiaritätsprinzips. Gleichzeitig ist es uns seit langem ein Anliegen, das Problem der Mehrfachanmeldungen so weit wie möglich zu reduzieren. Nachdem die bisherigen Versuche, dieses Problem über die Einführung neuer Umsatzschwellen zu lösen, gescheitert sind, schlagen wir nun vor, die Bestimmungen hinsichtlich der Verweisung von Fällen zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten zu vereinfachen und flexibler zu gestalten. Verweisungen sollen im Übrigen künftig auch schon vor der Anmeldung eines Fusionsfalles möglich sein, auf Antrag der beteiligten Unternehmen. Dadurch wird Zeit gespart und frühzeitig geklärt, welche Behörde einen bestimmten Fall behandelt.

Soweit zu den beiden Kernstücken dieser Reform. Daneben haben wir, wie schon erwähnt, eine Reihe **nicht-legislativer Maßnahmen** vorgesehen, die den Entscheidungsprozess innerhalb der Kommission bei Fusionsfällen verbessern sollen. Gleichzeitig sollen den Unternehmen dadurch bessere Möglichkeiten geboten werden, sich während des Prüfverfahrens Gehör zu verschaffen. Vorgesehen sind unter anderem folgende Maßnahmen:

- Erstens wird der Posten eines **Chefökonom** in der Generaldirektion Wettbewerb geschaffen. Dieser Chefökonom soll ein anerkannter Wirtschaftsexperte sein, der auf Basis eines dreijährigen Zeitvertrages für die Kommission arbeitet und mir persönlich unterstellt sein wird. Er wird über einen Mitarbeiterstab von rund 10 spezialisierten Ökonomen verfügen und in die Prüfung von Zusammenschlüssen, aber auch von anderen Wettbewerbsfällen, einbezogen werden. Seine – oder Ihre – endgültigen Empfehlungen zu den einzelnen Fällen werden sowohl unserem Kommissar als auch dem Kollegium der Kommissionsmitglieder übermittelt. Die Stellenausschreibung für diesen hochinteressanten Posten erfolgte kürzlich. Der Beschluss über die Ernennung soll im Juni getroffen werden. Ich hoffe, dass der oder die erfolgreiche Bewerber die Stelle möglichst bald danach antreten wird.
- Beschlossen haben wir zweitens auch, das bereits heute bestehende System von **Paneln** zu systematisieren. Für alle komplexen Fälle soll künftig ein Panel aus erfahrenen Beamten bestellt werden, das die Schlussfolgerungen des „Case Teams“ an zentralen Zeitpunkten im Verfahren unvoreingenommen noch einmal überprüft. Manche sprechen hier vom „*advocatus diaboli*“. In meiner englischen Muttersprache sprechen wir gelegentlich auch vom „*fresh pair of eyes*“.
- Drittens soll der Mitarbeiterstab der **Anhørungsbeauftragten** aufgestockt werden, damit sie ihre wichtige Funktion in Wettbewerbsverfahren umfassend wahrnehmen können.
- Viertens wird den Unternehmen, deren Fusionsvorhaben wir prüfen, bereits zu einem früheren Zeitpunkt Gelegenheit zur **Akteneinsicht** gegeben. Dies gilt vor allem für Fälle, in denen die zweite Prüfungsphase eingeleitet worden ist. Ebenso geben wir den Unternehmen jetzt früher Gelegenheit, Einsicht in „Beschwerden“ Dritter zu nehmen, die Bedenken über die Auswirkungen des geplanten Zusammenschlusses äußern. Soweit möglich, sollen die fusionierenden Unternehmen diese Bedenken auch direkt mit den „Beschwerdeführern“ und mit der Kommission erörtern können. Dabei muß der Schutz von Geschäftsgeheimnissen natürlich gewahrt bleiben.
- Wir beabsichtigen, systematisch an zentralen Punkten des Verfahrens so genannte **“State of Play“-Zusammenkünfte** mit den beteiligten Unternehmen anzubieten. Damit soll gewährleistet werden, dass die beteiligten Unternehmen über den Stand der Untersuchung auf dem Laufenden gehalten werden und Gelegenheit erhalten, ihren Fall mit höherrangigen Kommissionsbediensteten zu erörtern.

Einige dieser Maßnahmen sind in dem Entwurf für „best practices“ enthalten, von dem ich bereits sprach. Hierzu hatten wir öffentliche Kommentare bis Ende Februar erbeten. Nach Auswertung dieser Kommentare werden wir die „best practices“ baldmöglichst verabschieden.

2. Die Modernisierung des Kartellverfahrens

Lassen Sie mich nun zum zweiten Teil meines Vortrags übergehen. Ich möchte mit Ihnen ein paar Gedanken zur kürzlich verabschiedeten Reform des Kartellverfahrensrechts austauschen.

Wie Sie wissen, hat der Rat Ende des letzten Jahres die Verordnung Nr. 1/2003 erlassen, die zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln dient. Diese Verordnung bringt die erste Phase des Projekts "Modernisierung" zu Ende, das vor mehr als drei Jahren mit der Veröffentlichung eines Weißbuches begann. Die neue Verordnung wird ab dem 1. Mai 2004 anwendbar sein.

Den meisten von Ihnen ist diese Verordnung inzwischen sicherlich gut bekannt. Lassen Sie mich daher nur kurz die wesentlichen Elemente des neuen Systems zusammenfassen:

Der zentrale Punkt ist natürlich der **Übergang vom Anmeldesystem zur direkten Anwendbarkeit der Ausnahmegvorschrift des Artikel 81 Absatz 3**. Niedergelegt ist dieses Grundprinzip in Artikel 1 der Verordnung. Hervorzuheben ist, dass hierdurch das Verbotprinzip als zentraler Punkt der gemeinschaftlichen Wettbewerbsregeln nicht beeinträchtigt wird. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen – die nicht die Voraussetzungen des Artikel 81 Absatz 3 EGV erfüllen – sind auch weiterhin verboten.

Das System der ‚Legalausnahme‘ ersetzt das zentralisierte Anmelde- und Genehmigungssystem und wird es uns ermöglichen, die Tätigkeit der Kommission stärker auf die Verfolgung schwerwiegender Wettbewerbsbeschränkungen auszurichten.

Der Übergang zum neuen System wird insbesondere in den Entscheidungstypen erkennbar, die die neue Verordnung vorhält. Weder die Behörden der Mitgliedstaaten noch die Kommission werden in Zukunft Freistellungsentscheidungen alten Typs erlassen. Vielmehr sind alle Entscheidungsarten auf die Verfolgung und Ahndung von Rechtsverstößen ausgerichtet.

Die einzige Ausnahme bilden die Entscheidungen der Kommission gemäß Artikel 10 der Verordnung. Nach dieser Vorschrift kann die Kommission durch Entscheidung feststellen, dass Artikel 81 keine Anwendung findet, weil die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht vorliegen oder weil die Voraussetzungen des Absatzes 3 erfüllt sind.

Solche Entscheidungen sind nur von Amts wegen, nicht auf Antrag der Unternehmen, zu treffen, und zwar dann, wenn es das öffentliche Interesse an der Anwendung der Artikel 81 und 82 erforderlich macht. Die Funktion des Artikel 10 ist damit eindeutig darauf ausgerichtet, der Kommission als Instrument zur Sicherung der kohärenten Anwendung der Wettbewerbsregeln zu dienen. Es dient nicht dem individuellen Interesse der beteiligten Unternehmen an einem ‘Zertifikat’ über die Rechtmäßigkeit einer Vereinbarung.

Die zweite wesentliche Änderung ist die **Aufgabe des Freistellungsmonopols der Kommission**. In der Zukunft werden die einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden und Gerichte Artikel 81 umfassend anwenden können, wie dies bereits bei Artikel 82 der Fall ist. Die nationalen Wettbewerbsbehörden und die Kommission gehen im Rahmen eines Netzes gemeinsam gegen Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht der Gemeinschaft vor. Die einzelstaatlichen Gerichte schützen die individuellen Rechte, die die EU-Bürger aus dem Gemeinschaftsrecht ableiten können, indem sie Schadenersatz zuerkennen oder über die Erfüllung von Verträgen entscheiden.

Drittes wesentliches Element ist die **Anwendung des europäischen Wettbewerbsrechts auf alle Fälle, die den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten beeinträchtigen**. Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung sieht vor, dass die Gerichte und Behörden der Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Artikel 81 und 82 auf alle Fälle anzuwenden, die das Kriterium der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels erfüllen.

Daneben lässt die Verordnung die parallele Anwendung nationalen Kartellrechts zu. Diese unterliegt aber im Hinblick auf Vereinbarungen der Konvergenzregel des Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung. Danach können Vereinbarungen, die nach Artikel 81 rechtmäßig sind, nicht nach nationalem Recht untersagt werden. Dies gilt sowohl für Vereinbarungen, die in den Anwendungsbereich des Artikel 81 fallen, aber nicht vom Verbot des Artikels 81(1) erfasst werden, als auch für Vereinbarungen, die zwar unter die Verbotsregel fallen, aber die Voraussetzungen der Ausnahmegvorschrift des Artikels 81(3) erfüllen.

Darüber hinaus erfolgt in der neuen Verordnung eine **Anpassung der Ermittlungsbefugnisse und Sanktionen der Kommission**. Die neue Verordnung regelt, ebenso wie die Verordnung Nr. 17, ausschließlich die Ermittlungsbefugnisse und Sanktionsmöglichkeiten in den Wettbewerbsverfahren auf Gemeinschaftsebene. In diesem Bereich war der Verordnung Nr. 17 eine effektive Lösung gelungen – zumal wenn man ihre Entstehungszeit bedenkt. Da ihre Regelungen ein hohes Maß an Aktualität aufwiesen, konnte sich die neue Verordnung weitgehend an ihre Vorgängerin anlehnen. Neuregelungen wurden dort getroffen, wo bestimmte Aspekte den Anforderungen an effektive Ermittlungen und hinreichend abschreckende Sanktionen nicht mehr genügten. Diese Änderungen haben wir übrigens fast ausnahmslos auch unserem Vorschlag für die Neufassung der Fusionskontrollverordnung zugrunde gelegt.

Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass wir mit der neuen Verordnung die Basis für eine effizientere Anwendung der Artikel 81 und 82 EG gelegt haben. Diese „Wende“ ist von entscheidender Bedeutung, um die Glaubwürdigkeit der Wettbewerbspolitik der Kommission in einer Union von 25 Mitgliedstaaten und mehr zu gewährleisten.

Wir dürfen uns jetzt allerdings nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen und bis zum 1. Mai 2004 die Hände in den Schoß legen. Es ist vielmehr entscheidend, dass wir im Jahr 2003 die nächste Phase des Projekts „Modernisierung“ vorantreiben. Nur so können wir garantieren, dass das neue System vom ersten Tag an voll einsatzfähig sein wird.

Die Umsetzung der Verordnung Nr. 1/2003 erfordert Maßnahmen auf hauptsächlich drei Gebieten:

- a) die Annahme einer Reihe von Maßnahmen, die die Verordnung 1/2003 begleiten. Dies ist das sogenannte "**Modernisierungspaket**";
- b) den Aufbau des Netzes von EU-Wettbewerbsbehörden, des „**Europäischen Wettbewerbsnetzes**“ (European Competition Network);
- c) die Umstrukturierung und Anpassung der **internen Arbeitskultur** der GD-Wettbewerb.

Ich möchte auf jeden dieser drei Aspekte im Folgenden kurz eingehen.

a) Das „Modernisierungspaket“

Lassen Sie mich zunächst auf das „Modernisierungspaket“ eingehen. Hierunter verstehen wir eine Reihe von begleitenden Texten, die vor allem die Ausübung der Befugnisse erleichtern sollen, die in Verordnung 1/2003 vorgesehen sind.

Neben mehreren Mitteilungen - auf welche ich in einer Minute zurückkommen werde - enthält das „Modernisierungspaket“ eine **Durchführungsverordnung** der Kommission. Diese wird beispielsweise die Modalitäten für Anhörungen regeln.

Daneben beabsichtigen wir, **mindestens sechs Mitteilungen** herauszugeben, die einige der Hauptmerkmale der neuen Verordnung erläutern. Die ersten zwei Mitteilungen behandeln Konzepte, die für die Anwendung von Artikel 81 EG zentral sind: das Konzept der Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten und die Prinzipien, die Artikel 81 (3) zugrundeliegen.

- Die **Mitteilung über die Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten** hängt eng mit der Anwendung von Artikel 3 der Verordnung 1/2003 zusammen. Gemäß dieser Bestimmung müssen nationale Wettbewerbsbehörden und nationale Gerichte, die in einem Wettbewerbsfall nationales Wettbewerbsrecht anwenden, parallel hierzu auch Artikel 81 oder 82 EG anwenden, sobald die Vereinbarungen oder Handlungsweisen, die dem Fall zugrundeliegen, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinflussen können. Es ist deshalb wichtig, ein Maximum an Klarheit in Bezug auf dieses Konzept zu schaffen. Unsere Mitteilung wird daher die Hauptprinzipien darlegen, die in der Rechtsprechung des Gerichts erster Instanz und des Gerichtshofs enthalten sind.
- Verordnung 1/2003 schafft das Freistellungsmonopol der Kommission ab und ermächtigt die nationalen Wettbewerbsbehörden und Gerichte, Artikel 81 (3) EG anzuwenden. Um sie dabei zu unterstützen, werden wir auch eine **Mitteilung über Artikel 81 (3)** veröffentlichen, die die Methodik für die Anwendung dieser Bestimmung darlegt und das bestehende Fallrecht zusammenfasst. Dadurch wird auch den Bedenken entsprochen, die zahlreiche Vertreter von Unternehmen und der Anwaltschaft im Hinblick auf die dezentrale Anwendung des Artikel 81(3) geäußert haben.

Ein zweites Paar von Mitteilungen konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen den verschiedenen Behörden und Gerichten, die in Zukunft die europäischen Wettbewerbsregeln durchsetzen werden. Diese beiden Mitteilungen werden hauptsächlich vorbereitet, um die Zusammenarbeitsmechanismen ausführlich zu erläutern, welche der effizienten und einheitlichen Anwendung von Artikel 81 und 82 überall in der Union dienen sollen.

- Die **Mitteilung über die Zusammenarbeit innerhalb des Netzes von Wettbewerbsbehörden** wird hauptsächlich die Arbeitsteilung innerhalb des Europäischen Wettbewerbsnetzes und die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Wettbewerbsbehörden innerhalb des Netzes behandeln.

- Die überarbeitete **Mitteilung über die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den nationalen Gerichten** wird die Modalitäten der Zusammenarbeitsmechanismen erklären, die in Artikel 15 von Verordnung 1/2003 vorgesehen sind. Sie wird insbesondere die neu festgelegte Möglichkeit für die Kommission ansprechen, vor nationalen Gerichten als „*amicus curiae*“ schriftlich oder mündlich Stellung zu nehmen.

Schließlich wird es noch zwei Mitteilungen geben, die die Beziehungen zwischen der Kommission und wichtigen „*Stakeholdern*“ behandeln. Wir beabsichtigen zum einen, eine **Mitteilung über die Behandlung von Beschwerden** gemäß Artikel 7 von Verordnung 1/2003 zu verabschieden. Zum anderen planen wir eine **Mitteilung über Stellungnahmen** („*opinions*“), mit denen wir Unternehmen bei der Bewertung neuer oder ungelöster Rechtsfragen unterstützen wollen.

b) Das Europäische Wettbewerbsnetz

Verordnungen und Mitteilungen alleine sind jedoch nicht ausreichend, um das neue System erfolgreich zu gestalten. Sie können nur ein erster Schritt sein. Darüber hinaus ist es von zentraler Bedeutung, dass die europäischen Wettbewerbsbehörden eng und koordiniert zusammenarbeiten.

Der Oktober letzten Jahres sah daher die Geburtsstunde des **Europäischen Wettbewerbsnetzes** („*European Competition Network*“ - ECN). Innerhalb dieses Netzwerkes kommen die Kommission und die nationalen Wettbewerbsbehörden regelmäßig zusammen, um die Fragen zu diskutieren, die zentrale Wichtigkeit für die erfolgreiche Umsetzung von Verordnung 1/2003 besitzen. Hierzu gehören die Aufteilung der Fallarbeit, der Austausch vertraulicher Informationen, gemeinsame Untersuchungen und die Einrichtung eines gemeinsamen „*Intranets*“. Das Europäische Wettbewerbsnetz wird sich weiterhin im Jahre 2003 und 2004 treffen, um sich auf die Anwendung von Verordnung 1/2003 vorzubereiten.

Darüber hinaus ist meine Generaldirektion bestrebt, sowohl die Mitgliedstaaten der EU als auch die Kandidatenländer bei der Anpassung ihres nationalen gesetzlichen Rahmens an das neue Durchführungssystem zu unterstützen. Schließlich hoffen wir, zur Ausbildung nationaler Richter bei der Anwendung von Artikeln 81 und 82 EG beitragen zu können und die Netzwerke zwischen jenen Richtern zu unterstützen.

c) Die Umstrukturierung und Anpassung der Arbeitskultur der GD Wettbewerb

Neben diesen, nach außen gerichteten, Aktivitäten ist es schließlich aus meiner Sicht unabdingbar, dass wir die verbleibende Zeit nutzen, um uns selbst auf die neuen Herausforderungen der „modernisierten Welt“ vorzubereiten. Ich habe mir deshalb zum Ziel gesetzt, die Kultur und interne Organisation der Generaldirektion Wettbewerb den neuen Herausforderungen anzupassen.

Wir müssen insbesondere eine **proaktivere Ermittlungskultur entwickeln**. In der Zukunft werden wir keine Freistellungen mehr aussprechen, sondern uns auf negative

Entscheidungen konzentrieren, die Verstöße gegen das Kartellrecht feststellen. Um diese Verstöße festzustellen, wird das Sammeln von Marktinformationen und die Überwachung von Märkten eine noch größere Wichtigkeit haben als bisher.

Auch bestimmte **Veränderungen in der internen Organisation der GD Wettbewerb** werden aus meiner Sicht nötig sein, um uns für die anstehenden Herausforderungen optimal zu positionieren. [Sie haben möglicherweise bereits den Medien entnommen, dass ich entsprechende Vorschläge erarbeitet habe. Ich bitte Sie aber um Ihr Verständnis, dass ich momentan nicht im Einzelnen auf die Details dieser geplanten Reorganisation eingehen möchte, da mein Vorschlag erst noch vom Kollegium der Kommissare gebilligt werden muss.]

Alles in allem scheinen mir die anstehenden Herausforderungen jedoch gut bewältigbar, wenn wir den Mut haben, jetzt entschlossen den Weg der Reform weiter zu gehen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit der Modernisierung den richtigen Weg in die Zukunft eingeschlagen haben.

4. Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hoffe, dass meine Ausführungen Sie davon überzeugt haben, dass wir die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft der europäischen Wettbewerbspolitik vorgenommen haben. Bei allem Fokus auf Reformen sollten wir jedoch nicht vergessen, dass unser generelles Ziel unverändert bleibt: die Sicherung eines wirksamen Wettbewerbs im Gemeinsamen Markt, zum Wohl des Verbrauchers.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.